

Termine

* **Montag, 27. März 2017**

18.00 Uhr
öffentliche Sitzung der
Linksfraktion Pankow,
Fröbelstr. 17

* **Mittwoch, 5. April 2017**

17.30 Uhr
5. BVV-Tagung im
Bezirksamt Pankow,
Fröbelstr. 17



Herausgeber:
Die Linke. Pankow
Basisorganisationen im Kiez
Post an:
Die Linke.-Geschäftsstelle,
Fenn-Str. 2
13347 Berlin
Tel.: (030) 44 01 77 80
E-Mail:
bezirk@die-linke-pankow.de

Das Tiroler Viertel im Jahre 1945

In der Mühlenstraße, anschließend an das Mühlen-Eck boten der Fischladen von Simoneit, das Seifengeschäft von Frau Hermann und der Milchladen von Herrn König ihre Waren an. Den Abschluss dieser Reihe von Geschäften bildete das Kaufmanns-ehe Fotogeschäft. In der Berliner Straße befand sich damals, eine Reminiszenz an die ländliche Vergangenheit Pankows, noch ein Kuhstall (Hanisch), von dem Bewohner Milch, die Kleingärtner hin und wieder Kuhmist bezogen. Das Ehepaar Krüger hatte daneben ihr Kurzwarengeschäft. Erwähnt sei noch das Blumengeschäft mit den beiden freundlichen Damen, die Fleischerei Eppler und Bartels Apotheke auf der gegenüberliegenden Straßenseite. Eine kulturelle Einrichtung besaß unser Viertel mit dem Kino „Odeum“ auf dem Hof des Eckgebäudes Berliner Straße/Brennerstraße. Es wurde im Krieg beschädigt, spielte aber noch einige Jahre, wurde dann nur noch gelegentlich für Versammlungen genutzt, ehe es in den 70er Jahren wegen Bau-fälligkeit abgerissen wurde. Nur den Brennerberg gab es damals noch nicht. Er wurde erst nach 1945 aus Schutt und Trümmern auf der Fläche des Andreas-Hofer-Platzes aufgeschüttet.

Der Krieg bestimmte in hohem Maße das Leben auch in diesem Kiez. Nachts wurde es „zappenduster“, wie der Berliner sagt. Es herrschte strenges Verdunklungsgebot, über dessen Einhaltung die Hauswarte sorgfältig wachten. Drang doch einmal ein Lichtschimmer durch, dann drohten zumindest Geldstrafen. Selbst die Scheinwerfer der Autos waren bis auf einen schmalen Querstreifen abgedunkelt. In den Häusern waren Luftschutzkeller eingerichtet worden. Bisweilen sieht man heute noch an manchen Hauswänden die drei Buchstaben LSR (Luftschutzraum) und einen Pfeil darunter. Damit sollte eine Orientierung bei der Bergung Verschütteter ermöglicht werden. An den Kellerwänden war außen Erde aufgeschüttet worden, um den Explosionsdruck der Bomben von den Schutzräumen fernzuhalten. Trotz aller dieser Maßnahmen zogen es viele Berliner, die einen Kleingarten besaßen, lieber vor, in ihren Lauben zu übernachten, denn diese waren kaum das Ziel der Bomber. Das Fliegeralarm bedeutende Hoch und Nieder der Sirenen auf den Dächern gehörte ebenso zum Alltag, wie der freudig begrüßte lange Ton, der Entwarnung verhieß. Relativ wenige Häuser im Tiroler Viertel fielen dem Bombenkrieg zum Opfer. Aber es traf doch einige Häuser aus der Brennerstraße vor und hinter dem Hofer-Platz oder das Eckgebäude Tiroler Straße/Mühlenstraße. Ende April 1945 war dann der Krieg auch für die Südpankower zu Ende. Sowjetische Truppen waren entlang der Eisenbahnlinie an der Dolomitenstraße und über die Kleingärten hinweg in Richtung Stadtzentrum vorgedrungen. Obwohl das Schicksal Nazideutschlands längst besiegelt war, wurde in unserem Viertel noch gekämpft, wie die Spuren von Geschosseinschlägen beweisen, die auch lange noch nach 1945 an einigen älteren Häusern zu sehen waren. Nach dem Ende des Krieges war das Leiden der Bevölkerung noch keineswegs vorbei. So froh man war, dass keine Bomben mehr fielen, dass nicht mehr gekämpft wurde, dass man nicht mehr verdunkeln musste, erschwerten doch zahlreiche Probleme einen Neuanfang.

H. Sommer

(2 von 3)

KIEZBLATT

für Kissingen-, Tiroler und Vinetaviertel

März 2017

Schluss mit Waffenexporten

Geht es um den Ausgang der kommenden Bundestagswahlen und mögliche Koalitionen, steht schnell die Außenpolitik im Mittelpunkt. Rot-Rot-Grün, so heißt es dann, werde da die größten Schwierigkeiten bekommen.

DIE LINKE sei im Hinblick auf ihre Forderungen nicht regierungsfähig, heißt es auf der einen Seite, SPD und Bündnis 90/Die Grünen hätten aus der gescheiterten Interventionspolitik der Nato nichts gelernt, auf der anderen.

Wir finden tatsächlich nicht, dass man mit Krieg nachhaltigen Frieden schaffen kann und die Interventionen der Nato die Welt sicherer gemacht haben. Wer aber deutsche Außenpolitik auf Kampfeinsätze der Bundeswehr beschränkt, der nimmt ihr ihren Kern. Wichtigster Punkt wäre ein Politikwechsel in Sachen Rüstungsexporte.

DIE LINKE ist generell gegen Waffenhandel und Bündnis 90/ Die Grünen lehnen zumindest Lieferungen in Kriegs- und Krisengebiete ab. Zwar fordern

auch SPD-Politikerinnen und -Politiker immer wieder, dass kein Kriegsgerät mehr in krisengeschüttelte Regionen ausgeführt werden solle, dennoch waren unter SPD-Wirtschaftsminister Gabriel die Exporte deutlich angestiegen.

Allein 2014 verdoppelte sich die Ausfuhrbilanz von Kriegswaffen auf 1,8 Milliarden Euro. 2015 und 2016 stieg die Zahl erneut an. Deutsche Waffen töten in aller Welt. Eine rot-rot-grüne Regierung wird damit Schluss machen müssen.

Die Kriege in Afghanistan, Irak und Libyen haben gezeigt, dass keines dieser Länder durch den Einsatz militärischer Mächte aus dem Ausland zu einer Lösung des jeweiligen Konflikts gefunden hat. Die Lage für die Bewohner ist noch schwieriger geworden, da zivile Strukturen zerstört wurden.

Unter Rot-Rot-Grün kann es keine Entsendung von Soldaten in solche Kriegseinsätze mehr geben. Das bedeutet nicht, dass kein Soldat der Bundeswehr mehr im Ausland sein darf.

Ein Einsatz wie im Kampf gegen Ebola oder zur Vernichtung von chemischen Waffen wie vor zwei Jahren im Mittelmeer ist nicht ausgeschlossen.

In der zivilen Konfliktprävention wird sich Deutschland unter Rot-Rot-Grün stärker engagieren. Außerdem sollte es einer rot-rot-grünen Regierung ein wichtiges außenpolitisches Anliegen sein, dringend notwendige Reformen der UNO anzustoßen. Wir brauchen sie mehr denn je.

Was wir nicht brauchen, ist ein ständiger Sitz Deutschlands im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. Deutschlands gewachsene Verantwortung in der Welt sollte sich stattdessen in einem verstärkten Einsatz für Nachhaltigkeit, Gerechtigkeit und Frieden und für eine gerechtere Weltwirtschaftsordnung widerspiegeln und für Klimaschutzabkommen, die den Klimawandel auch als Bedrohung für den Frieden ernst nehmen.

Stefan Liebich

Mitglied des Bundestages